



48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium: Ausschuss für Gesundheit und Soziales
Sitzungstermin: Dienstag, 17.09.2013, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V.,
Schiffbauergasse 4H, 14467 Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung der Zufluchtswohnung des Autonomen Frauenzentrums
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Anhebung Kosten der Unterkunft **13/SVV/0433** Fraktion Die Andere
- 5.2 Sicherung der Flüchtlingsberatung **13/SVV/0525** Fraktion Die Andere
- 5.3 Sitzungskalender 2014 **13/SVV/0416** Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Verband Kommunaler Krankenhäuser **13/SVV/0370** Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
- Wiedervorlage -

- 6.2 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte
Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008
bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger
Aspekte
13/SVV/0453 Oberbürgermeister, FB Soziales
und Gesundheit
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder /
Termine



Niederschrift

47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.08.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:54 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff DIE LINKE
Frau Klara Geywitz SPD ab 18:15 Uhr
Herr Dr. Ralf Otto SPD
Frau Maike Dencker CDU/ANW
Frau Hala Kindelberger Bündnis 90/Die Grünen ab 18:15 Uhr
Frau Jutta Busch BürgerBündnis

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE
Frau Birgit Morgenroth SPD

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff Die Andere
Herr Ronny Besancon DIE LINKE
Herr Uwe Fröhlich Grüne/B90
Herr Björn Karl FDP bis 18:40 Uhr
Herr Steffen Koczott SPD
Frau Barbara Müller BürgerBündnis ab 18:15 Uhr
Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje Behindertenbeirat
Frau Maria von Pawelsz-Wolf CDU/ANW

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel DIE LINKE entschuldigt
Frau Heike Judacz SPD entschuldigt
Herr Jan Wendt Die Andere entschuldigt
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow SPD entschuldigt
Herr Wolfgang Günther SPD entschuldigt
Herr Jörg Jutzi DIE LINKE entschuldigt
Herr Matthias Lack DIE LINKE entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo MigrantInnenbeirat entschuldigt

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete Ge-
schäftsbereich 3

entschuldigt

Gäste:

Frau Magdolna Grasnick

Herr Christoph Richter

Frau Anke Latacz-Blume

Frau Martina Spyra

Beauftragte für Migration und Integration

Beauftragter für Menschen mit Behinderung

FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Vorstellung Beauftragten für Menschen mit Behinderung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlassung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 13/SVV/0315
Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Verband Kommunaler Krankenhäuser
Vorlage: 13/SVV/0370
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 11.06.2013

Frau Sudhoff weist darauf hin, dass der Entwurf der Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nach der die Mittel für das laufende Jahr verrechnet werden, nicht als Anlage zum Protokoll ausgereicht wurde. Sie bittet dies nachzuholen.

Frau Spyra reicht die Verordnung per E-Mail nach.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Frau Schulze um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Schulze informiert, dass die Vorstellung der Arbeit der Kompetenzagentur in Abstimmung mit der Kompetenzagentur entfällt. Dafür wird sich der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Herr Christoph Richter, dem Ausschuss vorstellen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Latacz-Blume erinnert daran, dass im Januar 2013 der LHP durch das MASF mitgeteilt wurde, dass die Aufnahmequote für ausländische Flüchtlinge im Jahr 2013 bei 110 Personen liegt.

Mit Schreiben vom 10.05.2013 wurde die Aufnahmequote dann auf 153 Personen nach oben korrigiert. Gleichzeitig forderte das MASF nachdrücklich dazu auf, die erforderlichen Aufnahmekapazitäten umgehend zu schaffen.

Ende Juli 2013 wurde die Aufnahmequote für ausländische Flüchtlinge auf 178 erhöht. Mit weiteren Zuweisungen ist zu rechnen. So dass noch mindestens 80 Personen in diesem Jahr durch die LHP aufzunehmen sind. Auch im nächsten Jahr ist mit einer ähnlichen Aufnahmequote zu rechnen.

Frau Latacz-Blume betont, dass die Unterbringung in Wohnungen oberste Priorität hat, aber eine vorübergehende Unterbringung der Asylsuchenden in einer Gemeinschaftsunterkunft aufgrund der Wohnungssituation unumgänglich ist. Bisher wurden 36 Standorte für eine Gemeinschaftsunterkunft geprüft, von denen das Grundstück am Buchhorst 33 als geeignetste Variante erscheint.

Des Weiteren informiert Frau Latacz-Blume, dass am heutigen Tag die Besichtigung eines weiteren Objektes am Lehnitzssee¹ im Ortsteil Neu Fahrland erfolgt ist. Hier müssen noch weitere Prüfungen erfolgen. Am 22.08.2013 soll ein weiteres mögliches Grundstück am Bahnhof Pirschheide besichtigt werden. Hierbei handelt es sich um ein leeres bebaubares Grundstück. Abschließend macht Frau Latacz-Blume deutlich, dass die Beschlussvorlage zur Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft am Buchhorst aufgrund der weiteren Prüfungen vorerst zurückgestellt wird.

Frau Schulze bittet darum, dass der Migrantenbeirat immer beteiligt wird. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ist erneut über den aktuellen Stand zu informieren.

Die Liste aller bisher geprüften Grundstücke wird allen Ausschussmitgliedern durch Frau Spyra per E-Mail zugesandt (erfolgt).

Auf Nachfrage erklärt Frau Latacz-Blume, dass bei der Grundstückssuche immer auch die Infrastruktur betrachtet wird. Da jetzt viele Familien mit Kindern kommen, ist es wichtig, dass auch Kitas und Schulen im Umfeld sind. Ziel ist es, dass die Einrichtung durch einen Bauträger erfolgt und durch die LHP angemietet werden kann. Bezüglich der Containerlösung weist sie darauf hin, dass es sich hierbei um eine wohnungsähnliche Leichtbauweise handelt.

Des Weiteren informiert Frau Latacz-Blume über die Aufstockung der Sozialarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz um 1,5 Stellen, um eine bessere Betreuung zu gewährleisten.

Auch soll die Betreuung von Flüchtlingen in Wohnungen verstärkt werden. Deshalb wird die gesamte Beratung auf „neue Beine“ gestellt und muss nun neu ausgeschrieben werden, da die Veränderungen im bisherigen Vertrag mehr als 20 % betragen. Aus diesem Grund musste zur Wahrung der Fristen die Kündigung des bestehenden Vertrages erfolgen. Zum 01.04.2014 soll ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Das Diakonische Werk Potsdam wurde ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Der Vertrag soll inhaltlich qualifiziert werden und wird damit maßgeblich verändert. Dazu kommt die Personalaufstockung. Dies wurde ausführlich auch mit der Diakonie besprochen.

Frau Schulze verweist auf den Beschluss 13/SVV/0201 „Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerungsverfahren“ und fragt, ob die Neuausschreibung erst nach dem Abschluss des Evaluationsverfahren erfolgt, damit deren Ergebnisse in die Ausschreibung mit einfließen können.

Dies wird durch Frau Latacz-Blume bejaht.

Auf Nachfrage informiert Frau Latacz-Blume, dass es ein Auswahlgremium geben wird, in dem der Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie die Beauftragte für Migration und Integration vertreten sein werden.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

Behindertenbeirat

Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Schmarje erklärt mit Bezug auf die Behindertenparkplätze im Bereich des Nikolaisaals, dass dies auch weiterhin thematisiert wird. Ggf. muss eine Verlegung der Behindertenparkplätze erfolgen.

Seniorenbeirat

Herr Puschmann informiert, dass das Seniorenbüro seit dem 01.08.2013 wieder besetzt ist. Er informiert über die Beiratssitzung vom 20.08.2013, an der auch Frau Kitzmann und Frau Siegert (FB Soziales und Gesundheit) teilgenommen haben. Zukünftig soll die Zusammenarbeit zwischen Seniorenbeirat und Verwaltung auf eine inhaltlich höhere Qualität gestellt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Puschmann, dass die Bürokräfte im Seniorenbüro keine ausgebildeten Bürokräfte sind somit auch nicht über Verwaltungserfahrungen verfügen. Hinzu kommt, dass die Stellen immer zeitlich befristet sind, die aktuelle bis zum 31.12.2013.

Er informiert in diesem Zusammenhang, dass das Seniorenbüro in absehbarer Zeit in das Haus 2 umzieht. In dem auch der Pflegestützpunkt und die Fachverwaltung untergebracht sind. Er persönlich findet, dass dies eine sehr gute Lösung ist.

Des Weiteren weist Herr Puschmann darauf hin, dass am 01. Oktober der Tag der älteren Generation ist, der mit verschiedenen Veranstaltungen, wie z.B. im Wissensspeicher, begangen wird. Am 22.08.2013 findet in der Friedenskirche die Verleihung der Ehrenamtspreise statt. In diesem Jahr sind 112 Vorschläge eingegangen. 14 Ehrenamtspreise werden vergeben.

Migrantenbeirat

Frau Kindelberger berichtet, dass jetzt der Migrantenbeirat auf Landesebene gegründet ist. Sie macht deutlich, dass der Migrantenbeirat in Potsdam bei Asylbewerberfragen immer einbezogen ist. Auch bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück für die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende. Bezüglich der schulpflichtigen Kinder, die nicht deutsch sprechen, ist der Migrantenbeirat im Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt. an der Steuben-Schule ist eine Migrantenklasse eingerichtet worden.

zu 4 **Vorstellung Beaufragten für Menschen mit Behinderung**

Herr Richter stellt sich dem Ausschuss vor und informiert, dass er seit dem 01.08.2013 als Beauftragter für Menschen mit Behinderung in der LHP tätig ist.

Schwerpunkte seiner Arbeit sind u.a.:

- Umsetzung des Teilhabeplans
- Hilfe zur Selbsthilfe weiter fördern u.a. durch Vernetzung der Selbsthilfegruppen
- Regelmäßiger Austausch mit dem Behindertenbeirat

Auf Nachfrage betont er, dass auch eine Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem Migrantenbeirat erfolgen soll. Auch im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wird Herr Richter bezüglich der Barrierefreiheit einbringen, obwohl dies sehr umfangreich ist. Überlegenswert ist die Schaffung einer Stelle „Barrierebeauftragter“ bei der LHP.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 13/SVV/0315

Oberbürgermeister; Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Verband Kommunaler Krankenhäuser

Vorlage: 13/SVV/0370

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Schulze schlägt vor, dass Ausschuss für Gesundheit und Soziales auch weiterhin das Thema Verband kommunaler Krankenhäuser im Blick behält.

Durch die Ausschussmitglieder werden folgende Fragen gestellt:

Hat der Gesprächstermin mit den Landräten und Geschäftsführern der Kliniken bereits stattgefunden?

Wo soll die Medizinische Hochschule Theodor Fontane angesiedelt sein? Wurde diese bereits gegründet?

Da die gestellten Fragen durch Frau Latacz-Blume nicht beantwortet werden können, wird die Mitteilungsvorlage zurückgestellt.

zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Grasnick weist darauf hin, dass die interkulturelle Woche vom 15. – 27.09.2013 stattfindet. In diesem Zusammenhang findet auch die Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam 2013 statt. Am 17.09.2013 wird durch Frau Müller-Preinesberger im Stadthaus die Vietnamausstellung eröffnet. Am 21.09.2013 wird das 6. Potsdamer Toleranzfest durchgeführt. Sie reicht an alle Ausschussmitglieder einen entsprechenden Flyer aus.

Frau Kindelberger verweist auf den Vortrag am 17.09.2013 zum Thema „Fundamentalismus in unserem Jahrhundert“.

Frau Schulze erinnert daran, dass am 17.09.2013 die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in den Räumen des Autonomen Frauenzentrums stattfindet.

Des Weiteren erinnert sie daran, dass am 06.09.2013 von 9:00 – 18:00 Uhr im Stadion Luftschiffhafen das 9. Lauffest zu Gunsten der kommunalen Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ stattfindet.

Frau Sudhoff berichtet über das asiatische Kulturfest auf der Freundschaftsinsel, dass aus ihrer Sicht sehr gelungen war.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 17. September 2013,
18:00 Uhr in den Räumen des Autonomen Frauenzentrums,
Schiffbauergasse 4H**


Jana Schulze
Ausschussvorsitzende


Martina Spyra
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0433

öffentlich

Betreff:

Anhebung Kosten der Unterkunft

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 16.07.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Kostensätze, die als Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen werden, generell angepasst werden müssen.

Das Prüfergebnis ist den Stadtverordneten im November 2013 vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, zur Sicherung der integrationspolitischen und wohnungspolitischen Zielsetzungen der Stadt für den Personenkreis der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge (z.B. Opfer von Folter und Gewalt, schwangere und alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern, Minderjährige, alte und behinderte Menschen) ab sofort und bis auf Weiteres Kosten der Unterkunft von bis zu 7 € kalt/qm zu übernehmen.

Die Kosten, die für die Errichtung von Wohncontainern geplant waren, sollen zur Deckung des Mehraufwandes für die Kosten der Unterkunft für alle Bevölkerungsgruppen verwendet oder für den Bau preiswerter Wohnungen verwendet werden.

Jan Wendt

Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Kostensatz für die Kosten der Unterkunft (KdU) ist in Potsdam seit mehreren Jahren nicht angehoben worden. Noch immer werden die Kosten durch Jobcenter bzw. Sozialamt nur bis zu einer Höhe von 5,50 € Kaltmiete/qm zzgl. 2,80 €/qm für Heiz- und Nebenkosten übernommen.

Auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren der Mangel an preiswerten Wohnungen in Potsdam dramatisch verschärft. Inzwischen haben 2.700 Haushalte einen Wohnberechtigungsschein (WBS) erhalten. Bei Neubauvorhaben entsteht nahezu ausschließlich Wohnraum mit Mieten oberhalb des KdU-Satzes und auch bei der Sanierung im Altbaubestand steigen die Kaltmieten regelmäßig über die Grenze von 5,50 €/qm. Nur in wenigen Ausnahmefällen und mit dem Einsatz von Fördermitteln können bei der Sanierung preiswerte Mieten erhalten werden. Im Stadtentwicklungskonzept Wohnen und in allen Wohnungsmarktberichten seit dessen Annahme durch die Stadtverordneten wird der eklatante Mangel an Wohnungen im unteren Preissegment festgestellt. Auch das Expertengremium Potsdam 22 bestätigte diese Einschätzung.

Natürlich ist der Stadtverwaltung diese Situation längst bekannt. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit werden für Familien deshalb aus gutem Grund schon seit längerer Zeit Gewährleistungswohnungen mit Kaltmieten deutlich über 7 €/qm bezahlt.

Auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen wird die Stadt vom Mangel an preiswertem Wohnraum eingeholt. Die Stadtverwaltung ist inzwischen bereits damit überfordert, ca. 50 zusätzliche Wohnungen mit einer Miete innerhalb der KdU-Kostensätze zu finden. Dadurch werden die als Übergangsunterkünfte vorgesehenen Heime zu einem erheblichen Teil durch Menschen bewohnt, die in eine eigene Wohnung ziehen könnten, aber große Schwierigkeiten haben, noch Wohnungen zu finden, deren Miete den überholten Kostensätzen entspricht.

Mit dem Antrag soll sichergestellt werden, dass die sozial-, wohnungs- und integrationspolitischen Ziele der Stadt umgesetzt werden können. Durch die vorgeschlagene Neuberechnung der Kostensätze stehen für alle Inhaber/innen eines Wohnberechtigungsscheines und für einkommensschwache Haushalte sehr kurzfristig deutlich mehr Wohnungen bei der Wohnungssuche zur Verfügung. Das wirkt der Verdrängung dieser Bevölkerungsgruppen aus der Stadt entgegen und macht gleichzeitig die Errichtung von Wohncontainern für Flüchtlinge vermeidbar. Die vorgesehenen Ausgaben für neue Flüchtlingsheime sollten besser für den Bau preiswerter Wohnungen verwendet werden.

Ab sofort und bis zum Abschluss der Neuberechnung der Kosten der Unterkunft soll der Kostensatz für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge angehoben werden. Die Stadt Potsdam ist gegenüber diesen Kindern, Jugendlichen, alten, kranken oder behinderten Menschen schon aus rechtlichen Gründen verpflichtet, besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0525

öffentlich

Betreff:

Sicherung der Flüchtlingsberatung

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 16.08.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dem Träger Diakonisches Werk ausgesprochene Kündigung der Beratungsarbeit für Flüchtlinge zurück zu nehmen.

Vor einer weiteren Entscheidung über Weiterführung, Ergänzung oder Neuausschreibung der Leistungen zur Betreuung und Beratung von Flüchtlingen ist das externe wissenschaftliche Gutachten abzuwarten und auszuwerten. Gemäß Beschluss der SVV vom 08.05.2013 zur „Evaluation der Sozialarbeit im Bereich der Asylbewerungsverfahren“ ist dieses Gutachten im Dezember 2013 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Jan Wendt
Fraktionsvorsitzender

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch Presseberichte und eine Information des Beratungsfachdienstes selbst erfuhren die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung in der letzten Woche, dass die Stadtverwaltung den Vertrag mit dem Diakonischen Werk über die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, die in Wohnungen leben, zum Jahresende - ohne vorher das Gespräch mit dem Träger zu suchen und ohne Gründe anzugeben - gekündigt hat.

Dieses Vorgehen wirkt schon deshalb irritierend, weil die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2013 den Oberbürgermeister mit der Durchführung einer Evaluation der im Flüchtlingsbereich tätigen Einrichtungen beauftragte, deren Ergebnis im Dezember 2013 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden soll. Nachdem sich die ursprüngliche Einbringerin des Antrages, die Stadtverordnete, Migrantinnenbeiratsvorsitzende und Leiterin des Flüchtlingsheimes in der Hegelallee, Hala Kindelberger, kurz vor der Abstimmung am 08.05.2013 für befangen erklärt hatte, war es gerade die zuständige Sozialbeigeordnete, die den Antrag heftig verteidigte. Warum das Ergebnis des so vehement gewünschten externen Gutachtens nun nicht mehr abgewartet werden soll, erscheint wenig plausibel und wird durch die Verwaltung nicht erklärt.

Fachlich verfügt die Flüchtlingsberatungsstelle des Diakonischen Werkes Potsdam über langjährige Erfahrungen, allerbeste Referenzen und qualifizierte Mitarbeiterinnen, gerade auch im Bereich der Einzelfallbetreuung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Die besondere Qualität des gekündigten Beratungsangebotes zeigt sich unter anderem darin, dass die Beratungsarbeit von der Zielgruppe sehr gut angenommen wird, zu den unterschiedlichsten und komplexen Themenfeldern fachlich fundierte Beratungen angeboten und durch spezifische Angebote ergänzt werden (wie z.B. Finanzierung von Spracherwerb oder Härtefallberatung).

In der Vergangenheit wurden Entscheidungsträger durch die MitarbeiterInnen des Beratungsfachdienstes oft frühzeitig auf Probleme und rechtliche oder humanitäre Bedenken bei der Versorgung von Flüchtlingen aufmerksam gemacht und Veränderungen angemahnt. So wies der Beratungsfachdienst seit Jahren darauf hin, dass die Leistungshöhe nach § 3 AsylbLG nicht menschenwürdig ist. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte später die fachliche Auffassung der Beratungsstelle.

In ihrem Schreiben an die Stadtfraktionen wies die Leiterin der gekündigten Beratungsstelle darauf hin, dass die Kündigung der beiden Personalstellen, aufgrund der Finanzierungsstruktur des Beratungsfachdienstes, zu einer Infragestellung der Arbeit des gesamten Arbeitsbereiches führt. In Folge der im sozialen Bereich bei projektbezogenen Stellen gängigen und leider oft alternativlosen Praxis des Nachweises von Kofinanzierungen hängen weitere Arbeitsplätze in der Beratungsstelle

der Diakonie vom Fortbestand der beiden Stellen der Flüchtlingsberatung ab. Betroffen wäre davon z.B. das Projekt Clever, das jugendliche Flüchtlinge beim Zugang zum Bildungssystem unterstützt. Es darf bezweifelt werden, dass ein umfassendes, qualifiziertes Beratungs- und Betreuungsangebot, das auf das über Jahre aufgebaute Vertrauen seiner Klienten bauen kann, durch eine Neuausschreibung kurzfristig abgesichert werden kann.

Indiskutabel sind Zeitpunkt und Stil der Kündigung. Gerade in einer Situation, in der die Wohnungsunterbringung entsprechend dem Integrationskonzept der Landeshauptstadt deutlich verstärkt werden muss, sind bewährte Beratungsstrukturen und erfahrene Sozialarbeiterinnen, die die Situation vor Ort kennen, das Vertrauen vieler Flüchtlinge gewonnen haben und - wenn erforderlich - eine gegenüber den kommunalen Behörden von diesen unabhängige, konstruktiv-kritische Position einnehmen, unverzichtbar.

Eine Kündigung kann zudem dazu führen, dass sich Fachkräfte beruflich neu orientieren und für eine Tätigkeit in Potsdam bzw. in der Flüchtlingsberatung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es ist mithin naheliegend, zunächst sachlich zu prüfen, welcher Bedarf bei der Betreuung und Beratung von Flüchtlingen in den nächsten Jahren absehbar ist und was die derzeit in Potsdam tätigen Träger leisten können. Erst wenn diese Verständigung erfolgt ist, kann eine qualifizierte Ausschreibung erfolgen.

Bis dahin muss das bewährte Beratungsangebot erhalten werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0416

öffentlich

Betreff:
Sitzungskalender 2014

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 04.07.2013

Eingang 902: 04.07.2013

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Ergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen bis zur Kommunalwahl 2014.

Die vorgelegte Planung der Sitzungstermine entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre unter weitestgehender Beibehaltung der ursprünglichen Sitzungstermine. Allerdings lassen sich durch Feier- und Ferientage Änderungen bzw. Überschneidungen nicht vollständig verhindern. Ebenso gelingt es durch die Anzahl der Ausschusssitzungen nicht, die Ferientage vollständig von Sitzungsterminen freizuhalten.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter Beachtung der Beratung von Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in der nächstfolgenden Ausschusssitzung. Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.

Nach Beratung in allen Ausschüssen der StVV soll der Sitzungskalender am 06. November 2013 beschlossen und anschließend in gedruckter Form vorgelegt sowie im RIS veröffentlicht werden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0370

Betreff:
Verband Kommunaler Krankenhäuser

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0594

Erstellungsdatum 30.05.2013

Eingang 902: 30.05.2013

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

05.06.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis::

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.01.2013 (DS 12/SVV/0594) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, sich gemeinsam mit der Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“ für eine engere Zusammenarbeit der kommunalen Krankenhäuser einzusetzen.

Sowohl die Anforderungen an den Erhalt qualitativ hochwertiger medizinischer Daseinsvorsorge als auch die Notwendigkeit der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der kommunalen Krankenhäuser aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes machen eine Zusammenarbeit der kommunalen Häuser erforderlich.

Um dieses erreichen zu können, sind konkrete Einzelmaßnahmen anzustreben und umzusetzen.

Durch die Geschäftsführung des Klinikums „Ernst von Bergmann“, zusammen mit den Organen der Gesellschaft, sind derzeit folgende Ergebnisse erzielt worden:

1. Kooperation mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH zur Unterstützung und Angebotserhaltung im Bereich Frühgeborenenversorgung/Kindermedizin – Gründung der gemeinsamen Tochtergesellschaft Klinikum Westbrandenburg GmbH

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0453

Betreff:

Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 01.08.2013

Eingang 902: 01.08.2013

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

„Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte“.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** setzt sich aus drei Teilen zusammen.

Im TEIL A werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung für die gesamte Landeshauptstadt im Zeitraum von 2008 bis 2012 präsentiert. Nach Möglichkeit erfolgt eine differenzierte Darstellung nach dem Geschlecht der Kinder bzw. dem Sozialstatus der Eltern.

Im darauffolgenden TEIL B werden die Sozial- und Planungsräume für das Jahr 2012 miteinander verglichen. Hier erfährt die Öffentlichkeit mehr über stadträumliche Unterschiede bezogen auf die Sozialstruktur, die Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen sowie ausgewählte medizinische Befunde.

Im letzten TEIL C werden die Ergebnisse in einer Kurzübersicht stichpunktartig zusammengefasst.

Im Sinne der Gesundheitsberichterstattung nach § 9 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) beobachtet und bewertet der Potsdamer Gesundheitsatlas die gesundheitlichen Verhältnisse, ohne in detaillierte Handlungsempfehlungen zu münden.

In einem dafür notwendigen zweiten Schritt sind konzeptionelle Ideen der Gesundheitsförderung zu entwickeln sowie Impulse anderer Städte vergleichend heranzuziehen. Insbesondere gilt es, kooperative Maßnahmen und Projekte zu initiieren, die den erhöhten Gesundheitsrisiken von Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus begegnen. Dazu gehört die Reduzierung von sprachlichen Defiziten sowie emotionalen und sozialen Störungen. Hier ist die Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürgerschaft gefragt.

ANLAGE

Erste Potsdamer Gesundheitsatlas. Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte